

Trennung ist keine Lösung.

Eine nach religiöser oder ethnischer Zugehörigkeit getrennte Unterbringung von Flüchtlingen ist politisch wie gesellschaftlich inakzeptabel.

Bonn, Bramsche, Dresden, Friedland, Hamburg, Kassel, Leipzig, Suhl, Trier – wiederholt berichteten die Medien in den vergangenen Wochen über gewaltträchtige Auseinandersetzungen in Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge, bei denen Polizei und Sicherheitsdienste einschreiten mussten. Die Landesregierung Thüringens, die Polizeigewerkschaft sowie verschiedene Innenpolitiker schlugen daraufhin vor, Flüchtlinge in den Aufnahmeeinrichtungen und Unterkünften nach religiöser oder ethnischer Zugehörigkeit zu trennen, um Gewalt vorzubeugen.

Wir Autorinnen und Autoren, die sich wissenschaftlich und publizistisch mit den Themen Konflikt, Migration und Religion beschäftigen, fühlen uns durch diese Vorschläge veranlasst, in der Debatte um den gesellschaftlichen und politischen Umgang mit der Zuwanderung aus unsicher gewordenen Weltregionen Stellung zu beziehen und unsere Erfahrungen und Gedanken einzubringen. Wir halten den Vorschlag der Trennung von Flüchtlingen nach religiöser oder ethnischer Herkunft für gefährlich und kontraproduktiv für den Frieden und Zusammenhalt in einer heterogener werdenden Gesellschaft.

Ein solcher Vorschlag entspringt einer Sicherheitslogik, die Konflikte dann wahrnimmt, wenn sie bereits gewaltsam eskaliert sind – und sie dann zum Gegenstand polizeilichen Einschreitens macht. Es ist durchaus sinnvoll, Personen im Moment der gewaltförmigen Konfrontation voneinander zu trennen, um Schlimmeres zu verhindern und einen anderen Umgang einzuleiten. Es ist ebenfalls sinnvoll, Familien mit Säuglingen wegen eines erhöhten Ruhebedürfnisses oder schwer traumatisierte Personen aufgrund ihres Bedürfnisses nach Rückzugsmöglichkeiten getrennt von anderen Personen unterzubringen. Eine vorsorgliche Trennung ganzer Gruppen von Personen alleine aufgrund der ihnen zugeschriebenen religiösen oder ethnischen Identität ist jedoch eher eine hilflose als eine hilfreiche Reaktion.

Konflikte sind Teil allen menschlichen Zusammenlebens. *Gewalt* tritt jedoch erst dann auf, wenn die Beteiligten keine andere Möglichkeit sehen, ihre Interessen zu wahren oder ihre Bedürfnisse zu befriedigen. So können sich Konflikte mitunter an scheinbaren Belanglosigkeiten entzünden (wie z.B. der Nutzung von WCs und Duschräumen), wenn die innere Verfassung wie die äußere Situation entsprechend angespannt sind und die Konfliktparteien keine Hilfe bei der Bewältigung des Problems erfahren.

Natürlich verlaufen die Konflikte dann gar nicht entlang religiöser Trennlinien. Doch wie in politischen Auseinandersetzungen ziehen Konfliktakteure gerne religiöse, ethnische, nationale oder auch sprachliche Zugehörigkeiten heran, um Selbst- und Feindbilder aufzubauen. Dadurch soll Unterstützung mobilisiert und eigenes Handeln gerechtfertigt werden, um letztlich die eigenen Interessen durchzusetzen. Diese Konfliktmechanismen können aber nicht durch getrennte Unterbringung nach religiöser oder ethnischer Zugehörigkeit durchbrochen werden. Vielmehr würden diese destruktiven Mechanismen und

falschen Argumente dadurch erst akzeptiert. Statt der Ursachen würden einmal mehr nur Symptome bearbeitet. Mehr noch: Die Ursachen würden verneint und verdrängt, aber weiter schwelen, bis sie an anderer Stelle in anderer Gestalt ausbrechen.

Wir lehnen die getrennte Unterbringung entschieden ab, weil sie höchst problematische Konsequenzen nach sich zieht, vor allem aber, weil damit gefährliche Botschaften vermittelt werden:

- a) Zunächst wäre ein enormer administrativer, organisatorischer und logistischer Aufwand sowie erhebliche Kompetenz in der Differenzierung ethnischer und religiöser Zugehörigkeit vonnöten, um scheinbar miteinander „harmonisierende“ Gruppenzugehörigkeiten festzulegen und die jeweiligen Flüchtlinge an bestimmten Orten zusammenzuführen. Die religiösen und ethnischen Hintergründe, Überlappungen, Ressentiments, historischen Lasten oder persönlichen Einstellungen sind sehr komplex und schwer zu durchschauen. Eine solche Differenzierung wäre mithin alleine aus organisatorischen Gründen von vornherein zum Scheitern verurteilt. Zudem ist zu bedenken, welche Konsequenzen dies für die betroffenen Städte, Dörfer oder Stadtviertel bedeutet. Würde es wirklich zum Frieden beitragen, wenn hier christliche Syrer, dort irakische Muslime, hier irakische Kurden und dort osteuropäische Roma untergebracht sind? Nein, eine solche Trennung würde vielmehr den Boden bereiten für neue Ressentiments, für das Gefühl der eigenen Benachteiligung bzw. der Bevorzugung anderer. Und es würde unerfreuliche Debatten zwischen den Kommunen und in der einheimischen Bevölkerung provozieren, wer nun welche „nette“ oder „problematische“ Flüchtlingsgruppe zugeteilt bekommt.
- b) Noch gravierender ist die Frage, welche Botschaften mit dieser Trennung nach religiöser und ethnischer Zugehörigkeit vermittelt würden – sowohl gegenüber den Flüchtlingen als auch gegenüber der deutschen Bevölkerung. Die unmissverständliche Botschaft würde lauten: Ein friedliches Zusammenleben von sunnitischen Araber/innen und Schiit/innen, von Kurd/innen, Türk/innen und Araber/innen, Muslim/innen und Christ/innen oder Afrikaner/innen und Asiat/innen ist nicht möglich. Die Botschaft würde lauten: Religion und Ethnie sind das Problem; werden die Religionen und Ethnien getrennt, ist das Problem „gelöst“. Die Botschaft würde auch lauten: Die Flüchtlinge kommen schon „untereinander“ nicht zurecht – wie sollen sie sich dann erst in die deutsche Gesellschaft integrieren?

Alle diese Botschaften sind in der Sache falsch und in ihren Folgen hoch gefährlich. Die Annahme ist wissenschaftlich längst widerlegt, dass Konfessions- oder Religionszugehörigkeiten die *Ursache* von Konflikten wären. Es ist im Interesse des gesellschaftlichen Friedens äußerst kontraproduktiv, dieses verbreitete Vorurteil nunmehr von politischer Seite womöglich zu bestätigen und zu zementieren – bei Deutschen wie bei Flüchtlingen. Es wäre eine Kapitulation vor den eigenen Werten, Ansprüchen und Erfahrungen unserer Gesellschaft und unseres Staates, dass nämlich ein friedliches Zusammenleben über religiöse, kulturelle und ethnische Unterschiede hinweg möglich ist. Eine nach Religionszugehörigkeit oder Ethnie getrennte Unterbringung wäre mithin ein verheerendes Signal – gerade gegenüber Neuankömmlingen in Deutschland. Sie macht Menschen zu entmündigten Objekten und hindert sie daran, sich in eine offene, pluralistische, diskursorientierte Gesellschaft zu integrieren und ihre individuellen positiven

Potenziale einzubringen. Sie nimmt auch die Bedürfnisse vieler Flüchtlinge nicht ernst, sich von Ideologien abzugrenzen, die auf Gruppenzugehörigkeit gründen und in den Konflikten ihrer Herkunftsregionen zu Gewalt, Unterdrückung, Vertreibung und Krieg geführt haben.

Wenn wir die Integration in eine von Pluralismus, Toleranz, Respekt und Gleichberechtigung gekennzeichnete Gesellschaft wünschen, dürfen wir uns nicht von Angst und Unsicherheit leiten lassen. Es gibt bessere Lösungen, wie mit Konflikten umzugehen ist. Es geht darum, importierte Konflikursachen und Konfliktsachen im hiesigen Alltag unterscheiden zu lernen, Konfliktmechanismen zu begreifen und *dort* anzusetzen, statt Symptome zu bekämpfen.

Dass sich Konflikte in Flüchtlingsunterkünften immer wieder gewaltsam entladen, ist einer extremen Stresssituation geschuldet. Die Flüchtlinge haben vor oder während der Flucht überwiegend dramatische, häufig traumatische Erlebnisse erfahren. Sie erreichen Deutschland in starker emotionaler Angespanntheit, verbunden mit großen Hoffnungen auf ein neues Leben. Sie leben dann auf engem Raum mit vielen Menschen aus aller Welt, mit unterschiedlichsten Charakteren, persönlichen und kulturellen Eigenarten, religiösen und politischen Prägungen, mit Ecken und Kanten. Es herrscht Konkurrenz um Raum und Ruhe, um Essen und Kleidung, um Chancen und Perspektiven. Und meist gibt es keine Möglichkeit, sich zurückzuziehen oder sich sinnvoll zu betätigen. Und all dies erleben sie im Wissen, dass ihr Aufenthalt in Deutschland keineswegs gesichert ist, vielleicht schon bald die Abschiebung droht und sie u.U. in erneute Lebensgefahr bringt.

Um diese extreme emotionale Stresssituation zu entschärfen, bedarf es Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen:

- Es muss einer Lageratmosphäre und einem Ghettocharakter von Flüchtlingsunterkünften entgegengewirkt werden. Es gilt, sowohl ruhige Rückzugsräume als auch Orte der Begegnung bereitzustellen. Überdies wäre es hilfreich, geflüchteten Menschen ein Mindestmaß an Selbstbestimmung (Einkaufsmöglichkeiten, Mobilität etc.) zu ermöglichen. Mittelfristig ist die Unterbringung in Massenunterkünften zu vermeiden, stattdessen eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen oder kleinen Heimen anzustreben; dies erleichtert zugleich persönliche Beziehungen zur einheimischen Bevölkerung, auch den Aufbau von Sprach- oder Alltagspatenschaften.
- Die Weltgesundheitsorganisation hat als erstes Instrument für die Begegnung mit Personen, die bspw. aufgrund von Verlust, Bedrohung oder Gewalterfahrungen ein hohes Maß an Stress erlebt und zu bewältigen haben, die *Psychologische Erste Hilfe* vorgeschlagen. Sie kann mit wenig Aufwand erlernt werden und ist geeignet, akute Stresssituationen zu entschärfen sowie die Betroffenen emotional wie psychisch zu stärken. Dies fördert nicht nur deren Gesundheit und Leistungsfähigkeit, sondern trägt auch dazu bei, dass sie mit Konflikten konstruktiver und gewaltfrei umgehen können.
- Kinder und (alleinstehende) Frauen bedürfen besonderen Schutzes, weshalb in Flüchtlingsunterkünften Mindeststandards zur Prävention sexualisierter Gewalt verbindlich eingeführt werden müssen. Dazu gehören z.B. die Trennung sanitärer Einrichtungen für Frauen und Männer, die Benennung von Vertrauenspersonen, die im Fall von Übergriffen angesprochen werden können, die entsprechende Weiterbildung ehrenamtlicher Helfer/innen oder verschiedensprachige Informationsveranstaltungen zum Thema „Sexualisierte Gewalt“.
- Statt Konflikte durch Trennung nach ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit zu verlagern, müssen sie in der Weise bearbeitet werden, wie es in unserer Gesellschaft

gewollt und gefordert ist: konstruktiv und gewaltlos. Dazu ist es notwendig, die Kompetenzen von Haupt- und Ehrenamtlichen zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung im Bereich der Flüchtlingshilfe weiter zu entwickeln. Kurzfristig kann dies durch eine professionelle Begleitung der Mitarbeiter/innen von Flüchtlingsunterkünften durch Fachkräfte gewährleistet werden, die in der Lage sind, Konflikte frühzeitig zu erkennen und sie konstruktiv zu bearbeiten. Mittel- und langfristig geht es darum, die Haupt- und Ehrenamtlichen für diese Aufgabe zu sensibilisieren und zu qualifizieren. Wir fordern Politik und Verwaltung auf, aktiv auf die Erfahrungen und Kompetenzen zivilgesellschaftlicher und wissenschaftlicher Organisationen in den Bereichen von Konfliktbearbeitung und Migration zurück zu greifen, um das gesellschaftliche Miteinander zum Nutzen aller neu zu gestalten.

- Für all diese Arbeit bedarf es hauptamtlicher Sozialarbeiter/innen, die die Bedürfnisse und Wünsche der Flüchtlinge mit den vielfältigen Angeboten seitens der ortsansässigen Bevölkerung zusammenbringen und koordinieren: die Wünsche der Flüchtlinge, baldmöglichst Wohnung, Beschäftigung und Arbeit zu finden, die deutsche Sprache schnell zu erlernen sowie Institutionen, Umgebung und Kultur zu erkunden; die Angebote von Sprachkursen, Patenschaften, Freizeitgestaltung, handwerklicher Betätigung und Wohnvermittlung – einschließlich der Möglichkeit einer zeitlich befristeten Untervermietung in Zimmern mit Familienanschluss.
- Politisch müssen parallel zur Sorge für die Flüchtlinge die Bemühungen zur Integration sozial und finanziell benachteiligter Menschen generell verstärkt werden, um deutlich zu machen, dass die Integration der Flüchtlinge nicht auf Kosten der Schwachen in unserer Gesellschaft geschieht.

Es ist keine Frage: Für eine solche Flüchtlingsarbeit müssen erheblich mehr Gelder zur Verfügung gestellt werden, doch sind dies Investitionen in die Menschlichkeit, in den gesellschaftlichen Frieden, in die rasche und gelingende Integration von geflüchteten Menschen.

Flucht, Migration und die Integration neuer Bevölkerungsgruppen sind für Deutschland ja keineswegs neu. Als nach dem Zweiten Weltkrieg Millionen Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten in die religiös oft homogenen Regionen Westdeutschlands kamen, wurden dort teilweise – ebenso ängstlich wie populistisch – konfessionell getrennte Schulklassen eingerichtet; heute sind wir glücklicherweise weiter. Der kulturelle und wirtschaftliche Wiederaufbau der Bundesrepublik gelang nicht *trotz*, sondern auch *dank* der Flüchtlinge von damals: dank ihrer Fähigkeiten und neuen Ideen, dank ihres enormen Willens, sich ein neues, gutes Leben aufzubauen, dank ihrer ökonomischen wie kulturellen Schaffenskraft.

Die Trennung nach Religionen, Ethnien oder Kulturen wäre eine kurzsichtige Symptom- und Symbolpolitik, die keine Probleme löst, sondern neue schafft. Vielmehr muss die Politik alles tun, dass Flüchtlinge rasch ihre Kompetenzen entwickeln und einbringen können, und dass die vielen Haupt- und Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit sich qualifizieren können für die herausfordernde Arbeit, die sie tagtäglich tun. Für einen aktiven Umgang mit alltäglichen Konflikten und ein gewaltfreies Zusammenleben in Vielfalt lohnen sich auch große Ausgaben, denn es sind weitsichtige Investitionen zum Wohl des Landes. Es sind Investitionen in Menschen, in unser aller Zukunft.

Initiator/innen:

Hagen Berndt M.A., Berater und Trainer zu Konflikttransformation und Kommunalen Konfliktberatung

Prof. Dr. Josef Freise, Katholische Hochschule NRW, Abt. Köln

Dipl.-Soziologin Sylvia Lustig, Duale Hochschule Heidenheim, Konfliktbearbeitung und Gewaltfreie Kommunikation

Dr. Markus A. Weingardt, Friedensforscher, Coach und Mediator, Tübingen

Erstunterzeichner/innen:

Dipl.Psych Albrecht Ansohn, Konfliktberater

Prof. Dr. Katajun Amirpur, Islamische Studien, Universität Hamburg

Dr. Martin Arnold, Friedensforscher, Essen

Dr. Klaus Beurle, Pfarrer

Karin Busch, M.Sc. International Development, Supervisorin zu Konflikttransformation und in der internationalen Zusammenarbeit

Dr. Naime Çakir, Wiss. Mitarbeiterin Institut für Studien der Kultur und Religion des Islam, Goethe Universität Frankfurt/M.

David Clement, Diplom Sozialpädagoge, Religionswissenschaftler M.A.

Laura Dickmann M.A., Wissenschaftliche Mitarbeiterin Katholische Hochschule NRW, Abt. Köln

Tilman Evers, Privatdozent für Politikwissenschaft

Ulrich Frey, Publizist zu Friedensethik und Friedenspolitik

Prof. Dr. Norbert Frieters-Reermann, Katholische Hochschule NRW, Abt. Aachen

Marianne Genenger-Stricker, Katholische Hochschule NRW, Abt. Aachen

Dr. Hildegard Goss-Mayr, IFOR Honorary President, Wien

Dr. Werner Höbsch, katholischer Theologe

Lamya Kaddor, Islamwissenschaftlerin, 1. Vorsitzende des Liberal-Islamischen Bundes e.V.

Oliver Knabe, Geschäftsführer Forum Ziviler Friedensdienst e.V.

Prof. Dr. Mouhanad Khorchide, Zentrum für Islamische Theologie der WWU Münster

Dr. Thomas Lemmen, Christlich-Islamische Gesellschaft e.V. (CIG)

Prof. Dr. Ronald Lutz, Soziologe und Ethnologe, FH Erfurt, Fakultät Angewandte Sozialwissenschaften, zurzeit Vizepräsident der FH Erfurt

Dr. Ruth Mischnick, Juristin, Psychologin, Traumaexpertin, Mediatorin

Henning Niederhoff, Ministerialrat a.D, Mediator, Sprecher der ArGe Kommunale Konfliktberatung

Dr. Jussra Schröer, Lehrbeauftragte an der Katholischen Hochschule NRW, Abt. Köln

Christine Schweitzer, PhD, Ethnologin, Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung

Christof Starke, Geschäftsführer Friedenskreis Halle e.V.

Prof. Dr. Klaus von Stosch, Katholischer Theologe, Vorsitzender des Zentrums für Komparative Theologie und Kulturwissenschaft der Universität Paderborn

Prof. Dr. Peter K. Warndorf, DHBW Heidenheim

Eva-Maria Willkomm, Trainerin für gewaltfreies Handeln, Bildungsreferentin gewaltfrei handeln e.V.

Kontakt:

stellungnahme_fluechtlingspolitik@gmx.de

Weitere Informationen:

ello.co/stellungnahme_fluechtlingspolitik